

## ANALYSE AUS SICHT DES MITTELSTANDS

# BEWERTUNG DES KOALITIONSVERTRAGS „VERANTWORTUNG FÜR DEUTSCHLAND“

### Bewertung der Antworten



Forderungen des BVMW wurden im vollen Umfang übernommen.



Stellt aus BVMW-Sicht eine Verbesserung zum Status Quo dar.



Widerspricht den Interessen des Mittelstandes.



Liebe Leserinnen und Leser,

nach intensivem Ringen haben sich Union und SPD auf einen Koalitionsvertrag geeinigt. Deutschland soll durch eine verantwortungsvolle Politik wieder zu einem Stabilitätsanker in einer krisengebeutelten Welt werden. Die gravierenden und strukturellen Herausforderungen des Mittelstandes wurden von den Vorgängerregierungen ignoriert oder sogar verschärft. Ein „Weiter so“ würde den deutschen Mittelstand als Rückgrat der deutschen Wirtschaft nachhaltig schädigen.

Der angestrebte Wechsel in der Wirtschaftspolitik, der das Prinzip des Förderns und Forderns wieder zum Leitbild der Sozialpolitik macht, der bürokratische Hürden in großem Stil abbaut, Steuern und Energiepreise senkt und Investitionen nicht mehr politisch getrieben, sondern marktwirtschaftlich fördert, gibt daher Anlass zur Hoffnung.

Allerdings bleibt der Koalitionsvertrag bei zentralen und aktuellen Herausforderungen blass. So senden die Pläne zur Stabilisierung der Rentenhöhe und zu den Sozialversicherungen angesichts massiver Beitragserhöhungen ein inakzeptabel gefährliches Signal an Unternehmen und Beschäftigte. Hier muss dringend nachgebessert werden, um das Renten- und Gesundheitssystem vor dem wirtschaftlichen Kollaps zu bewahren und Unternehmen und ihre Beschäftigten zu entlasten.

Zu kritisieren ist auch, dass die geplanten Maßnahmen unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Dieser droht zum Spielball parteitaktischer Auseinandersetzungen zu werden und birgt ein hohes Eskalationspotenzial. Koalitionsinterne Streitigkeiten müssen unbedingt vermieden werden. Welche Folgen dies haben kann, hat uns die Ampelregierung eindrucksvoll bewiesen.

Bei der Umsetzung der Maßnahmen ist in vielen Fällen eine gezielte Berücksichtigung des Mittelstandes erforderlich. Die Wirtschaftswende kann nur gelingen, wenn die Maßnahmen von den Leistungsträgern unserer Gesellschaft genutzt und umgesetzt werden können. Der BVMW wird sich daher intensiv für eine mittelstandsfreundliche Umsetzung des Koalitionsvertrages einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Ahlhaus".  
Senator a. D. Christoph Ahlhaus  
Vorsitzender der Bundesgeschäftsleitung

- 4 Neues Wirtschaftswachstum, gute Arbeit, gemeinsame Kraftanstrengung**
- 4 Wirtschaft und Industrie**  
Ansprechperson: Dr. Hans-Jürgen Völz
- 6 Arbeit und Soziales**  
Ansprechperson: Martin Holderied
- 9 Verkehr und Infrastruktur**  
Ansprechperson: Marie-Theres Husken
- 12 Klima und Energie**  
Ansprechperson: Marie-Theres Husken
- 17 Wirkungsvolle Entlastungen, stabile Finanzen, leistungsfähiger Staat**
- 17 Haushalt, Finanzen und Steuern**  
Ansprechperson: Jasper Lüke
- 20 Bürokratierückbau und Staatsmodernisierung**  
Ansprechperson: Jasper Lüke
- 23 Digitales**  
Ansprechperson: Marina Hadrys
- 24 Bildung, Forschung und Innovation**  
Ansprechpersonen: Marina Hadrys, Martin Holderied
- 26 Sicheres Zusammenleben**
- 26 Recht**  
Ansprechperson: Jasper Lüke
- 27 Starker Zusammenhalt, standfeste Demokratie**
- 27 Familien, Frauen, Jugend, Senioren und Demokratie**  
Ansprechperson: Martin Holderied
- 27 Gesundheit und Pflege**  
Ansprechperson: Martin Holderied

## Neues Wirtschaftswachstum, gute Arbeit, gemeinsame Kraftanstrengung

### Wirtschaft und Industrie

Ansprechperson: Dr. Hans-Jürgen Völz

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<b>Innovationsschub für die Wirtschaft</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Prüfung einer Gründerschutzzone</li> <li>» Digitaler One-Stop-Shop für Unternehmensgründung innerhalb von 24 Stunden</li> </ul> <ul style="list-style-type: none"> <li>» One-Stop-Shop für Gründungsprozess gefordert, die Prüfung einer Gründerschutzzone ist allerdings nicht ausreichend</li> <li>» Erleichternde Ausnahmen für Neugründungen bei Dokumentations- und Berichtspflichten (min. in den ersten Gründungsjahren) sind notwendig</li> </ul>	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
<b>Investitionsoffensive</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Einführung eines Deutschlandfonds mit mind. zehn Milliarden Euro, der durch private Investoren auf über 100 Milliarden Euro gehobelt werden soll, insb. für Mittelstand und Scale-ups</li> <li>» Verfestigung des Zukunftsfonds über 2030 hinaus</li> <li>» Ausbau der WIN-Initiative (Ziel: Investitionen auf über 25 Milliarden Euro mehr als verdoppeln)</li> <li>» Öffnung öffentlicher Finanzierungsprogramme für Sicherheits- und Verteidigungstechnologie</li> </ul> <ul style="list-style-type: none"> <li>» Der Mittelstand muss in Innovationsprogramme stärker eingebunden werden</li> <li>» Innovationen müssen marktorientiert gefördert werden</li> <li>» Finanzielle Unterstützung zur Förderung von Gründung aus der Praxis heraus</li> </ul>	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
<b>Industriestandort Deutschland stärken</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Wettbewerbsfähige Energiepreise für Industrie</li> <li>» Dauer Genehmigungsverfahren Industrieanlagen verkürzen</li> <li>» Carbon Leakage verhindern</li> <li>» Vereinfachung CBAM</li> <li>» Beihilferecht verschlanken</li> <li>» Förderregeln für Industrieansiedlung</li> <li>» Stahlindustrie zukunftsfähig machen</li> <li>» Chemieagenda 2045 erarbeiten</li> </ul> <ul style="list-style-type: none"> <li>» Wettbewerbsfähige Strom- und Energiepreise auch für KMU</li> <li>» Beschleunigung und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren</li> <li>» Maßnahmen zur Verhinderung von Carbon Leakage und zur Stärkung der heimischen Industrie</li> <li>» Vereinfachung von Nachhaltigkeitsberichterstattung</li> <li>» Vereinfachung des Beihilferechts</li> <li>» Maßnahmen zur Transformation der mittelständischen Wirtschaft</li> </ul>	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
<b>Automobilindustrie</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Schlüssel-Industrie</li> <li>» Strafzahlungen aufgrund von Flottengrenzwerten abwehren</li> <li>» Steuerliche Begünstigung elektrische Dienstwagen bis 100.000€</li> <li>» Sonderabschreibung E-Fahrzeuge</li> <li>» Kfz-Steuerbefreiung für E-Autos bis 2035</li> <li>» EU-Klimasozialfonds nutzen für Haushalte mit kleinem und mittlerem Einkommen zum Umstieg auf klimafreundliche Mobilität</li> <li>» Förderung für Hybride und Range-Extender</li> <li>» Ausbau und Finanzierung der Ladeinfrastruktur fördern</li> <li>» LKW-Maut Befreiung für emissionsfreie LKW über 2026 hinaus</li> <li>» Förderung Wasserstoff-Ladeinfrastruktur für Nutzfahrzeuge</li> <li>» Autonomes Fahren in den Regelbetrieb</li> <li>» Batteriezellfertigung fördern</li> </ul> <ul style="list-style-type: none"> <li>» Klimaneutrale Antriebe fördern</li> <li>» Autonomes Fahren stärken, besonders digitaler Beifahrer bei Großraum- und Schwerlasttransporten</li> <li>» Ladeinfrastruktur ausbauen</li> </ul>	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<b>Maritime Wirtschaft</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Europäische maritime Strategie</li> <li>» Wettbewerbsfähige Hafeninfrastruktur mit guter Hinterlandanbindung</li> <li>» Einstieg deutscher Werften in Produktion von Offshore-Konverter-Plattformen unterstützen</li> <li>» Nationale Hafenstrategie als gesamtstaatliche Aufgabe</li> <li>» Einheitliche Tonnagesteuer für Hochseeschifffahrt in EU</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Mehr Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern</li> <li>» Verbesserung der Hinterlandanbindung und letzter Meile</li> </ul>	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
<b>Rohstoffe</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Primärrohstoffverbrauch so weit wie möglich reduzieren</li> <li>» Heimische und europäische Rohstoffe besser nutzen</li> <li>» Importe diversifizieren</li> <li>» Kreislaufwirtschaftsstrategie pragmatisch umsetzen</li> <li>» Digitalisierungsinitiative zur Schließung von Stoffkreisläufen</li> <li>» Gewinnung und Weiterverarbeitung kritischer Rohstoffe in Europa unterstützen</li> <li>» Zusätzliche Mittel für nationalen Rohstofffonds</li> <li>» Gewinnung von Salz und Lithium auf EU Ebene verbessern</li> <li>» Bevorratung erleichtern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Stärkere Nutzung von Sekundärrohstoffen</li> <li>» Stärkung heimische Rohstoffnutzung</li> <li>» Praxisnahe Umsetzung der Kreislaufwirtschaftsstrategie</li> </ul>	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
<b>Mittelstand, Handwerk und Selbstständige</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Bürokratieabbau durch Abbau von Schriftformenforderungen (insb. im Arbeitsrecht)</li> <li>» Moratorium von mind. zwei Jahren für alle neuen rechtlichen Statistikpflichten</li> <li>» Umstellung zur Erhebung der Einfuhrumsatzsteuer auf Verrechnungsmodell</li> <li>» Unterstützung der Betriebsübergaben und Existenzgründungen im Handwerk</li> <li>» Fachkräftemangel durch beschleunigte Erteilung von Arbeitsgenehmigungen verringern</li> <li>» Bürokratieabbau, weniger Dokumentationspflichten, mittelstandsgerechte Normen und Standards, reduzierte Nachweisführung, erleichterter Zugang zu Innovationsprogrammen</li> <li>» Fördercontrolling zur Überwachung von Förderprogrammen, neue Programme anhand von Leistungsindikatoren</li> <li>» Zeitnaher Abschluss der Überprüfung ausgezahlter Corona-Hilfen (über Schwellenwertfestsetzung und Stichprobenprüfung)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Entbürokratisierung von Förderprogrammen</li> <li>» Marktorientierte Förderung von Innovationen</li> <li>» Abschwächung Meisterpflicht für vereinfachte Gründung im Handwerk</li> </ul>	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
<b>Einzelhandel</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Schutz vor Flutung europäischer Märkte mit billigen Konsumgütern aus Fernost</li> <li>» Einsatz für Sperrung von E-Commerce-Accounts auf EU-Ebene, wenn sie europäische Produktstandards nicht erfüllen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Fairen Wettbewerb schützen</li> </ul>	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>

## Arbeit und Soziales

Ansprechperson: Martin Holderied

### Arbeits- und Fachkräftesicherung

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<b>Weiterentwicklung der Fachkräftestrategie</b>		
» Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen » Prüfung eines Familienbudgets für Alltagshelfer	» Maßnahmen zur Erwerbsbeteiligung von Frauen sind elementar » Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sowie eine Reform des Ehegattensplittings	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
<b>Fachkräfteeinwanderung</b>		
» Gründung einer „Work-and-stay-Agentur“ zur Digitalisierung und Zentralisierung von Prozessen. » Einheitliche Anerkennungsverfahren innerhalb von acht Wochen. » Angebotsausbau von Berufssprachkursen.	» Entspricht Kernforderungen des BVMW in der Fachkräfteeinwanderung	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
<b>Beschäftigung von Schutzsuchenden</b>		
» Reduzierung des Arbeitsverbotes für Schutzsuchende auf drei Monate » Schnelle und nachhaltige Integration von Geflüchteten	» Eine bessere Integration von Schutzsuchenden wurde vom BVMW im Positionspapier „Fach- und Arbeitskräfte-temangel“ gefordert	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>

### Sozialleistung und bürgerfreundlicher Sozialstaat

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<b>Sozialleistungen</b>		
» Zusammenfassen und abstimmen verschiedener Sozialleistungen (z.B. Wohngeld und Kindergeld) » Einsetzen einer Kommission zur Entbürokratisierung der Verwaltung des Sozialstaates	» Befürworten von Einsparungen durch Effizienzhebungen im Verwaltungsapparat » Das Einsetzen einer Kommission kostet wertvolle Zeit	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
<b>Reform des Statusfeststellungsverfahrens</b>		
» Rechtssichere und transparente Reform » Verhinderung von Scheinselbstständigkeit	» Das Statusfeststellungsverfahren ist reformbedürftig » Plattformrichtlinie der EU gestaltet dies sehr komplex. Ein Lösungsweg ist noch nicht sichtbar	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
<b>Bürokratieabbau im SGB-Bereich</b>		
» „Once-Only-Prinzip“ – Bürger und Unternehmer müssen ihre Daten im Kontakt mit den Sozialversicherungen nur einmal eingeben. Diese können dann von Verwaltungen medienbruchfrei gelesen werden. » Einführung von Praxischecks und Reduzierung von Be richtspflichten und Datenerhebung im SGB Bereich	» Maßnahmen, die bürokratischen Aufwand verkleinern oder abschaffen, begrüßen wir grundsätzlich	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>

### Arbeitsschutz

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<b>Arbeitsschutz</b>		
» Prävention von psychischen Erkrankungen » Prüfung auf Wirksamkeit von Instrumenten des Arbeitsschutzes	» Die mit der Prüfung der Arbeitsschutzinstrumente verbundene bürokratische Entlastung begrüßen wir	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
<b>Sanitärinfrastruktur</b>		
» Kostenfreier Zugang zu Sanitärinfrastruktur auf Bundesautobahnen	» Erfüllen einer Forderung der Kommission Mobilität und Logistik	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>

## Europa

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<b>Europäische Sozialversicherungspolitik</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Unterstützung des Projektes „Faire Mobilität“</li> <li>» Unterstützen des europäischen Sozialversicherungsausweises</li> <li>» Reform der eDeclaration und Bündelung mit A1 Verfahren</li> <li>» Ablehnen einer europ. Arbeitslosenversicherung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Wichtige Schritte in die richtige Richtung</li> <li>» Ein konkreter Weg dahin ist noch nicht ersichtlich</li> </ul>	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>

## Arbeitsmarktpolitik und neue Grundsicherung für Arbeitssuchende

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<b>Grundsicherung</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Zurück zu Fördern und Fordern</li> <li>» Stärkung der Vermittlung in Arbeit</li> <li>» Qualifizierung bei Vermittlungshemmnissen</li> <li>» Mitwirkungspflichten und Sanktionen bei fehlender Kooperation</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Arbeit muss sich immer lohnen</li> <li>» Vermittlung in Arbeit hat angesichts des Arbeitskräftemangels Vorrang</li> </ul>	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
<b>Förderung der beruflichen Ausbildung</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Qualifizierungsoffensive zur Unterstützung junger Menschen beim Berufseinstieg</li> <li>» Berufsorientierung in Schulen in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit und den Jugendberufsagenturen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Dies entspricht den Positionen des BVMW</li> </ul>	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>

## Mindestlohn und Stärkung der Tarifbindung

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<b>Mindestlohn</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Festhalten an unabhängiger Mindestlohnkommission</li> <li>» Mindestlohnentwicklung gemessen an Tarifentwicklung und dem Bruttomedianlohn</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Befürworten der Stärkung der Mindestlohnkommission</li> <li>» Ablehnen des Abstells auf die Bruttomedianlohnentwicklung, die auf der juristisch umstrittenen Mindestlohnrichtlinie der EU basiert</li> </ul>	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
<b>Bundestariftreuegesetz</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Für Vergaben des Bundes ab 50.000€</li> <li>» Für Startups mit innovativen Leistungen 100.000€</li> <li>» Bürokratiearm, wenig Nachweispflichten, wenig Kontrollen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Ein Bundestariftreuegesetz macht die ohnehin geringe Beteiligung von KMU an der öffentlichen Vergabe unattraktiver</li> </ul>	<input type="radio"/> <input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/>
<b>Arbeitszeitgesetz</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Wöchentliche statt Tageshöchstarbeitszeiten</li> <li>» Pflicht zur elektronischen Arbeitszeiterfassung</li> <li>» Angemessene Übergangsregeln für KMU</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Wir begrüßen die Einführung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit</li> <li>» Die Einführung einer verpflichtenden elektronischen Zeiterfassung birgt jedoch teils erhebliche monetäre Kosten für KMU</li> </ul>	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
<b>Steuerfreie Überstunden</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Zuschläge für Mehrarbeit werden steuerfrei gestellt</li> <li>» Steuerliche Anreize zur Ausweitung von Teilzeitbeschäftigung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Der BVMW begrüßt Maßnahmen, die das Arbeitsangebot ausweiten</li> </ul>	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
<b>Betriebsverfassungsgesetz und Gewerkschaften</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Weiterentwicklung der Mitbestimmung</li> <li>» Online-Wahl von Betriebsräten</li> <li>» Digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Unklarheit darüber was mit der Weiterentwicklung der Mitbestimmung gemeint ist</li> <li>» Wir sprechen uns gegen ein digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften aus</li> </ul>	<input type="radio"/> <input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/>

## Rente Alterssicherung, Reha, Sozialversicherungen und Selbstverwaltung

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<b>Rentenniveau bei 48% und Rente mit 63 Jahren</b>		
» Steuerfinanzierte Absicherung des Rentenniveaus bei 48 Prozent bis 2031	» Rentenniveau von 48% bindet immer mehr Steuergelder, die für staatliche Investitionen in die Transformation benötigt werden	<input type="radio"/>
» Rentenkommission soll eine neue Kenngröße über alle drei Säulen hinweg prüfen	» Falsche Anreize durch Rente mit 63	<input type="radio"/>
» Abschlagsfreier Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren wird weiterhin ermöglicht		<input checked="" type="radio"/>
<b>Mütterrente</b>		
» Vollendung der Mütterrente mit drei Rentenpunkten unabhängig vom Geburtsjahr, finanziert aus Steuermitteln	» Bindet Steuermittel ohne das zugrunde liegende Problem, drohende Altersarmut von Müttern, wirklich zu beheben	<input type="radio"/> <input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/>
<b>Frühstartrente</b>		
» Für jedes Kind zwischen sechs und 18 Jahren werden 10€ pro Monat in ein Altersvorsorgedepot eingezahlt	» Befürwortung von Maßnahmen, die Anreize zur privaten Altersvorsorge setzen	<input type="radio"/>
» Kann später weiter privat bespart werden	» Trotzdem: Frühstartrente wird wenig Effekt haben	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
» Depot wird mit Erreichen der Regelaltersgrenze ausgezahlt		
<b>Betriebliche Altersvorsorge</b>		
» Stärkung der bAV und Förderung der Verbreitung in KMU	» Gesetzgeber soll die Reform der privaten Altersvorsorge priorisieren	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
» Geringverdienerförderung verbessern		
» Erhöhung der Portabilität		
<b>Aktivrente</b>		
» 2.000€ im Monat bei Weiterarbeit nach Renteneintritt steuerfrei	» Das entspricht volumnäßig der BVMW Position, da es das Arbeitsangebot ausweitet	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
» Aufheben des Vorbeschäftigteverbot		
» Prüfung von Hinzuerdienstmöglichkeiten bei Hinterbliebenenrente und Grundsicherung		
<b>Alterssicherung für Selbstständige</b>		
» Alle neuen Selbstständigen, die keinem obligatorischen Alterssicherungssystem zugeordnet sind, sollen gründerfreundlich in die GRV einbezogen werden	» Unklar, was gründerfreundlich bedeutet » Um Selbstständige für das Alter abzusichern, wäre die Reform der privaten Altersvorsorge zweckdienlicher	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
<b>Prävention vor Reha vor Rente</b>		
» Flächendeckende Umsetzung des „Ü40-Checks“	» Entspricht der Position des BVMW zum BGM und BGF	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
» Betriebliches Eingliederungsmanagement aufgrund psychischer Erkrankungen stärken und Bekanntheit in KMU fördern		

## Verkehr und Infrastruktur

Ansprechperson: Marie-Theres Husken

### Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Start der Europäischen Initiative zur Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung</li> <li>» Fortsetzung Nationaler „Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung</li> <li>» Einheitliches Verfahrensrecht („one-for many“) für Infrastrukturvorhaben schaffen</li> <li>» Flexibilisierung formalisierter Verfahren, Reduzierung der Verfahrensstufen, um Doppelprüfungen abzubauen</li> <li>» Fakultative Ausgestaltung von Erörterungsterminen</li> <li>» Ein Verfahren wird in dem Recht beendet, in dem es begonnen wurde: Einführung verbindlicher Stichtagsregelung zum frühestmöglichen Zeitpunkt im Planungsprozess</li> <li>» Identischer, erweiterter und vollseitiger Ersatzneubau bei Infrastrukturvorhaben werden von Pflicht eines Planfeststellungsverfahrens ausgenommen</li> <li>» Nur einmalige Prüfung von Beteiligungen der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit sowie Prüfungen</li> <li>» Zulassung eines vorzeitigen Maßnahmenbeginns für wesentliche Infrastrukturvorhaben zur Aufrechterhaltung einer funktionierenden Infrastruktur im laufenden Planverfahren</li> <li>» Erleichterung von Ausweisung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und die Vernetzung von Ausgleichsmaßnahmen (Biotopt-Verbund) in Naturflächenbedarfsgesetz</li> <li>» Anwendung bundeseinheitlicher Populationsansatz bei Arten- und Naturschutz</li> <li>» Vollständige Digitalisierung Planungs- und Genehmigungsverfahren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, insbesondere im Groß- und Schwerlasttransport</li> <li>» Abbau von Hemmnissen in Verfahren für Großprojekte</li> <li>» Digitalisierung der Verfahren</li> <li>» Zügige Planung und Umsetzung von Infrastrukturprojekten</li> <li>» Once-only-Prinzip: Unterlagen und Informationen sollen nur einmal an eine Behörde gegeben werden müssen</li> </ul>	  

### Verkehr

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<b>Finanzierung u. Autobahn GmbH</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>» Einführung von Finanzierungskreisläufen für Verkehrsträger, Einnahmen kommen dem jeweiligen Verkehrsträger zugute</li> <li>» Drei-Säulen-Modell aus Haushaltssmitteln, Nutzerfinanzierung und privatem Kapital</li> <li>» Autobahn GmbH wird begrenzt kreditfähig und Lkw-Mauteinnahmen zur Verfügung gestellt (Einnahmekompetenz)</li> <li>» Finanzmittel zur Auflösung des Sanierungsstaus werden insbesondere bei Brücken und Tunneln zur Verfügung gestellt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Stärken der Verkehrsträger gezielt fördern</li> <li>» Einbindung von privatem Kapital in Infrastrukturprojekte</li> <li>» Moderne und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur für wettbewerbsfähige Wirtschaft</li> </ul>	  

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<b>Schiene</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Steigerung der Investitionen in das deutsche Schienennetz</li> <li>» Haupt- und Nebenstrecken sowie die Großknoten und die durch die Regionalisierungsmittel geförderten Großprojekte gleichermaßen ausbauen</li> <li>» Entwicklung Infraplan als gesetzliches Steuerungsinstrument mit entsprechenden, verbindlichen Finanzierungs-zusagen („Eisenbahninfrastrukturfonds“)</li> <li>» Sanierungskonzept der Hochleistungskorridore (HLK) wird fortlaufend überprüft und angepasst</li> <li>» HLK-Sanierung wird aus dem Sondervermögen Infrastruktur finanziert und an dessen Laufzeit gekoppelt</li> <li>» Investitionen in die Digitalisierung werden mit einem Schwerpunkt auf digitale Stellwerke und eine flächen-deckende ETCS-Ausrüstung priorisiert</li> <li>» Elektrifizierung ist Klimaschutz: Wir werden sie beschleu-nigen und auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis verzichten</li> <li>» Digitalisierung und die Elektrifizierung finanzieren wir aus dem KTF</li> <li>» Programme zur Modernisierung von Bahnhöfen, zur Schaffung von Barrierefreiheit und zum Lärmschutz werden fortgesetzt</li> <li>» Aus- und Neubau werden wir etappenweise und fahr-planorientiert einen integrierten stabilen Takt zwischen Nah- und Fernverkehr unter Einbeziehung des Schienen-güterverkehrs (Deutschlandtakt)</li> </ul>	  
<b>Straße</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Fahrausbildung reformieren, um den Führerschein-erwerb bezahlbarer zu machen</li> <li>» Orientierung im Straßenverkehr am Zielbild der Vision Zero</li> <li>» Rad- und Fußverkehr als Bestandteil nachhaltiger Mobilität stärken und fördern</li> <li>» Eurovignetten-Richtlinie: Prüfung, wie Mehrfach-belastungen des Straßengüterverkehrs durch die CO<sub>2</sub>-Bepreisung reduziert werden können</li> <li>» Fahrermangel: Reform der Berufskraftfahrer-qualifikation und attraktivere Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel gut ausgestatteten Lkw-Stellplätzen und besseren Kontrollen von Sozialstandards</li> <li>» Beschleunigung Genehmigung von Schwerlast- und Großraumtransporten</li> <li>» Mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schiene verlagern</li> </ul>	  
<b>Wasserinfrastruktur</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Ertüchtigung der Infrastruktur aus Wasserstraßen, Schleusen, See- und Binnenhäfen; auskömmliche zusätzliche Finanzierung mit Planungssicherheit für notwendige Investitionen</li> <li>» Die Nationale Hafenstrategie wird umgesetzt</li> <li>» Festhalten an bestehenden Bundesverkehrswegeplan und den Verfahren zu seiner Aufstellung und Über-prüfung, ebenso am Grundsatz „Erhalt vor Neubau“</li> </ul>	  

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<b>Bahnreform</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>» DB InfraGO vom DB-Konzern weiter entflechten</li> <li>» Finanzierung der Schieneninfrastruktur soll neben dem Sondervermögen weiterhin aus dem Bundeshaushalt erfolgen, ergänzt durch Einnahmen aus den Trassenentgelten</li> <li>» Trassenpreissystem reformieren</li> <li>» DB Cargo prüfen, wie ihre Marktfähigkeit kurzfristig wiederhergestellt werden kann</li> <li>» Transformation des Einzelwagenverkehrs kombiniert mit einem Hub-System prüfen und entwickeln</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Nachhaltige und verlässliche Finanzierung der Schiene</li> <li>» Reform des Trassenpreissystems</li> <li>» Notwendigkeit eines leistungsfähigen Schienengüterverkehrs</li> <li>» Integration innovativer Logistiksysteme</li> </ul>	  
<b>ÖPNV</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) werden Bund und Länder die ÖPNV Finanzierung auf eine neue gesetzliche Grundlage stellen und einen Modernisierungspakt starten</li> <li>» Regionalisierungsmittel vorrangig als Bestellmittel für den Schienenpersonennahverkehr nutzen</li> <li>» Status quo sichern, steigende Kosten auffangen und Spielräume für neue Verkehre schaffen</li> <li>» Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) wird vereinfacht und entbürokratisiert, für innovative Ansätze (zum Beispiel Magnetschwebebahn) geöffnet und der barrierefreie Ausbau von Bahnhöfen erleichtert</li> <li>» GVFG-Mittel schrittweise deutlich aufstocken und den Fördersatz erhöhen</li> <li>» Deutschlandticket wird über 2025 hinaus fortgesetzt. Dabei wird der Anteil der Nutzerfinanzierung ab 2029 schrittweise und sozialverträglich erhöht</li> <li>» Förderung der Flottenumrüstung auf klimaneutrale Busse im ÖPNV</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Konkurrenz ÖPNV und Güterverkehr beheben</li> <li>» Lösungen für das Problem des gebrochenen Verkehrs</li> <li>» Stärkung autonomes Fahren im ÖPNV</li> <li>» Steuerlich begünstigtes Mobilitätsbudget für Unternehmen</li> <li>» Interkommunale und flexible ÖPNV-Konzepte im ländlichen Raum fördern</li> </ul>	  
<b>Ladeinfrastruktur</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Flächendeckenden Ausbau von Pkw- und Lkw-Ladeinfrastruktur vorantreiben und Förderung erhöhen</li> <li>» Einbeziehung Läden an Betriebshöfen und Depots</li> <li>» Preistransparenz und technische Vereinheitlichung an öffentlichen Ladesäulen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Ladeinfrastruktur ausbauen</li> <li>» Ladeinfrastruktur öffentlich als auch auf Betriebsgeländen zur Verfügung stellen</li> </ul>	  
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Deutschland zum Leitmarkt für autonomes Fahren und mit den Ländern Modellregionen entwickeln und mitfinanzieren</li> <li>» Rahmenbedingungen weiterentwickeln für Nutzung von Mobilitäts-, Fahrzeug- und Lkw-Mautdaten</li> <li>» Die Mobilitätsangebote auf den unterschiedlichen Verkehrsträgern besser vernetzen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Autonomes Fahren vorantreiben (auch autonomer Beifahrer im GST Bereich)</li> <li>» Verkehrsdaten zur Vernetzung der Verkehrsträger nutzen</li> <li>» Logistik als Querschnittsthema betrachten, nicht isoliert</li> </ul>	  

## Klima und Energie

Ansprechperson: Marie-Theres Husken

### Klimaschutz

#### Vorhaben laut Koalitionsvertrag

#### Position des BVMW

#### Bewertung

##### Deutsche und europäische Klimaziele

- » Beibehaltung Klimaneutralität 2045
- » Klimaschutz mit Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Ausgewogenheit zusammenbringen
- » Vorrangig CO<sub>2</sub> und andere Treibhausgase reduzieren
- » Nicht mehr reduzieren als vorgegeben
- » Max. 3% des 2040 Ziel durch Projekte in außer-europäischen Partnerländern erreichen
- » Carbon Leakage Schutz für Erhalt der industriellen Wertschöpfung

- » Entspricht den Forderungen des BVMW



##### Emissionshandel

#### Vorhaben laut Koalitionsvertrag

#### Position des BVMW

#### Bewertung

- » European Green Deal und Clean Industrial Act weiterentwickeln
- » Außereuropäische Länder für CO<sub>2</sub>-Bepreisung gewinnen
- » Einführung ETS 2 wird unterstützt
- » Fließender Übergang von BEHG in ETS 2
- » Instrumente zur Vermeidung von Preissprüngen bei Unternehmen
- » CO<sub>2</sub>-Einnahmen zurückgeben an Verbraucher und Unternehmen
- » Kein Opt-in für Landwirtschaft bei ETS2

- » Unterstützt Ziele des Green Deal und Clean Industrial Act, aber es braucht wettbewerbsfähige Umsetzung
- » Unternehmen mit Geld aus den CO<sub>2</sub>-Einnahmen bei Transformation unterstützen



### Energiepolitik

#### Vorhaben laut Koalitionsvertrag

#### Position des BVMW

#### Bewertung

- » Energiewende
- » Entbürokratisierung, Mieterstrom, Bürgerenergie, Energy Sharing
- » Alle Potenziale der Erneuerbaren nutzen
- » Bioenergie, Geothermie, Wasserkraft und aus Erneuerbaren hergestellte Moleküle
- » Abwasserwärme, Wärmerückgewinnung, Flugwindkraft / Höhenwindenergie
- » Monitoring bis Sommer 2025:  
erwartender Strombedarf, Stand Versorgungssicherheit, Netzausbau, Ausbau Erneuerbaren Energien, Digitalisierung, Wasserstoffhochlauf
- » Ausrichtung auf Bezahlbarkeit, Kosteneffizienz, Versorgungssicherheit
- » Dauerhaft niedrige, planbare u. international wettbewerbsfähige Energiekosten
- » Zusammenspiel Ausbau Erneuerbare, Kraftwerksstrategie, gezielter u. netzdienlicher Netz- und Speicher ausbau, Flexibilitäten und effizienter Netzausbau
- » Europäische Energieunion in Vollendung des Energiebinnenmarktes
- » Keine neuen Abhängigkeiten bei Erneuerbaren und bestehende durch heimische Produkte abbauen

- » Eigenverbrauch und Energy Sharing in allen Bereichen steigern
- » Alle Potenziale der Erneuerbaren sinnvoll nutzen
- » Wettbewerbsfähige Strompreise für den Mittelstand
- » Netzausbau systemdienlich voranbringen
- » EU-Energiebinnenmarkt ausweiten
- » Heimische Produzenten von Erneuerbaren Anlagen fördern



## Energiepreise

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"> <li>» 5 Cent pro kWh Entlastung von Unternehmen und Verbrauchern</li> <li>» Stromsteuer umgehend auf europäisches Mindestmaß senken</li> <li>» Umlagen u. Netzentgelte reduzieren</li> <li>» Netzentgelte dauerhaft deckeln</li> <li>» Strompreiskompensation dauerhaft verlängern und ausweiten (Rechenzentren)</li> <li>» Einführung Industriestrompreis für energieintensive Unternehmen</li> <li>» Gasspeicherumlage abschaffen</li> <li>» Langfristige, diversifizierte, günstige Gaslieferverträge</li> <li>» Potenziale konventioneller Gasförderung im Inland nutzen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Wettbewerbsfähige Preise für den Mittelstand</li> <li>» Stromsteuer auf EU Mindestmaß senken</li> <li>» Netzentgelte senken</li> <li>» Unterstützung von energieintensiven KMU</li> <li>» Industriestrompreis nur, wenn KMU mit einbezogen werden</li> </ul>	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>

## Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Bund-Länder-Prozess zur Umsetzung des Pakts für Planungs-, Umsetzungs-, und Genehmigungsbeschleunigung fortführen</li> <li>» Zügige Umsetzung Erneuerbare-Energien-Richtlinie III</li> <li>» Prüfung der Vereinfachung aus Beschleunigungsgebieten auf Infrastrukturprojekte der Energiewende anwenden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen</li> </ul>	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>

## Netze

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Ausbau und die Modernisierung der Netze werden kosteneffizient vorangebracht und mit dem Erneuerbaren-Ausbau synchronisiert</li> <li>» Stärkung der Übertragungs- und Verteilnetze</li> <li>» Digitalisierung der Netze</li> <li>» Smart-Meter Rollout beschleunigen</li> <li>» Dynamische Stromtarife stärken</li> <li>» Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsnetze (HGÜ), wo möglich, als Freileitungen umsetzen</li> <li>» Kosten für Netzanschlüsse für bestehende Unternehmensstandorte zur Transformation senken</li> <li>» Physikalische Direktversorgung der Industrie ausweiten</li> <li>» Festhalten an einheitlicher Stromgebotszone</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Netzausbau an neue dezentrale Art der Energieversorgung anpassen</li> <li>» Netzanschlüsse bei Unternehmen ausbauen</li> </ul>	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>

## Flexibilisierung

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Systemdienliche Speicherkapazitäten ausbauen</li> <li>» Systemdienliche Nutzung von E-Autos und Heimspeichern vorantreiben</li> <li>» Bidirektionales Laden und Laden am Arbeitsplatz unterstützen</li> <li>» Ansiedelung großer Abnehmer wie Speicher oder große Erzeuger Erneuerbarer dort anreizen wo es dem Netz nützt</li> <li>» Energiespeicher werden als im überragenden öffentlichen Interesse anerkannt und privilegiert</li> <li>» Mehrfachbelastung durch Steuern, Abgaben und Entgelte werden weit möglich abgeschafft</li> <li>» Erleichterung regionale Nutzung von ansonsten abgeregelten Stroms</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Entspricht den Forderungen des BVMW</li> </ul>	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>

## Finanzierung

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
» Investitionsfonds für Energieinfrastruktur aus öffentlichen Garantien und privatem Kapital	» Aktivierung von privatem Kapital	

## Erneuerbare Energien

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
» Entschlossener Ausbau der Erneuerbaren und Erschließung Geothermie » Potenziale klimaneutraler Moleküle nutzen » Gesicherter Investitionsrahmen mit marktwirtschaftlichen Instrumenten im Einklang mit europäischen Vorgaben	» Ausbau der Erneuerbaren fortsetzen » Biokraftstoffe nur da, wo nicht elektrifiziert werden kann » Europäisch koordinieren	

## Solarenergie

» Förderung von Solarenergie in Verbindung mit Speichern systemdienlich ausgestalten » Anreize für Bestandsanlagen zur netz- und systemdienlichen Einspeisung » Anmeldeverfahren digitalisieren und standardisieren » Flächenschonung und Doppelnutzung (Parkplatz-, Agri- und Floating-PV)	» Ausbau von Solarenergie unbürokratisch fördern » Eigennutzung stärken » System- und Netzdienlichkeit stärken » Speicherung mitdenken und umsetzen	
--	--	--

## Windenergie

» Ausbau fortsetzen » Zwischenziele für Windflächenbedarfsgesetzes für 2027 bleiben unberührt » Flächenziele für 2032 evaluieren » Sicherstellung Steuerungswirkung von Windenergiegebieten » Synchronisation Windkraft- und Netzausbau » Bürgerstrom rechtlich erleichtern » Schutz von Genehmigungsbehörden vor überbordender Schadensersatzforderungen » Natur- und Artenschutz frühzeitig in Regionalplanung einbeziehen » Begrenzung zulässige Höhe der Flächenpachten für EEG geförderte Anlagen » Kooperation im Offshore-Bereich mit anderen Nordsee-anreinerstaaten » Erzeugungsoptimale Flächenkulissen entwickeln » Hybriden Offshore-Netzanschluss/ Interkonktor realisieren » Ermöglichung hybride Anbindung (Kabel und H2-Pipeline) von Windparks im Windenergie-auf-See-Gesetz	» Ausbau der Windenergie vorantreiben » Genehmigungen beschleunigen und entschlacken » An Netzausbau anpassen	
---	---	--

## Bioenergie

» Flexibilitätspotenzial von Biomasse heben » Reststoffe besser nutzen » kleine und wärmegeführte Anlagen stärker berücksichtigen	» Entspricht den Forderungen des BVMW	
---	---------------------------------------	--

## Wasserkraft

» Bestehende Potenziale von Wasserkraft und Pumpspeicherwerken anheben	» Entspricht den Forderungen des BVMW	
--	---------------------------------------	--

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<b>Geothermie</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Verbessertes Geothermie-Beschleunigungsgesetz auf den Weg bringen</li> <li>» Geeignete Instrumente für die Absicherung des Fündigkeitsrisikos einführen</li> <li>» Gemeinsamer Rechtsrahmen für grenzüberschreitende Potenziale</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Entspricht den Forderungen des BVMW</li> </ul>	
<b>Kraftwerksstrategie</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Bau von 20GW Gaskraftwerksleistung bis 2030</li> <li>» Vorrangig an bestehenden Standorten</li> <li>» Regional nach Bedarf steuern</li> <li>» Technologieoffener und marktwirtschaftlicher Kapazitätsmechanismus</li> <li>» Freie Kapazitäten von KWK-Anlagen stärker nutzen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Sichere und nachhaltige Energieversorgung</li> <li>» Wettbewerbsfähige Strompreise für den Mittelstand</li> <li>» Keine Überdimensionierung der Gaskraftwerke</li> </ul>	
<b>CCU und CCS</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Ergänzen beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren</li> <li>» Gesetzespaket für Abscheidung, Transport, Nutzung und Speicherung von Kohlendioxid für schwer vermeidbare Emissionen des Industriesektors und Gaskraftwerken</li> <li>» Feststellung überragendes öffentliches Interesse für Bau der Anlagen</li> <li>» Ratifizierung London-Protokoll &amp; Schaffung bilateraler Abkommen mit Nachbarländern</li> <li>» CO<sub>2</sub>-Speicherung offshore außerhalb des Küstenmeeres in der ausschließlichen Wirtschaftszone; onshore wo geologisch geeignet und akzeptiert -&gt; Länderöffnungsklausel</li> <li>» Direct Air Capture als Zukunftstechnologie</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» CCS und CCU dort anbringen wo CO<sub>2</sub>-Ausstoß nicht vermeidbar ist</li> <li>» Nicht als Mittel zur Umgehung der CO<sub>2</sub>-Reduzierung nutzen</li> </ul>	
<b>Wasserstoff</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Langfristig: klimaneutralen Wasserstoff aus verschiedenen Quellen im In- und Ausland</li> <li>» Überregulierung zurückführen</li> <li>» Wasserstofferzeugung über große systemdienliche Elektrolyseanlagen</li> <li>» Energiepartnerschaften, grenzüberschreitende und Inlandsinfrastruktur für Importe von Wasserstoff und Derivaten ausbauen</li> <li>» Auch deutsche u. europäische Häfen</li> <li>» Nutzung europäischer und nationaler Förderinstrumente inkl. spezifischer Programme für den Mittelstand</li> <li>» Führende Rolle Deutschlands in europäischer Wasserstoffinitiative</li> <li>» Zertifizierungssystem für klimafreundliche Energieträger</li> <li>» Wasserstoffkernnetz deutschlandweit bedarfsgerecht industrielle Zentren anbinden</li> <li>» Wasserstoffspeicher berücksichtigen</li> <li>» Erweiterte Planung mit zusätzlichen Trassen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Wasserstoffnutzung realistisch betrachten und kommunizieren</li> <li>» Energieintensive KMU bei Wasserstoffversorgung mitdenken</li> <li>» Rolle von Wasserstoff nur als Energiequelle wo nicht elektrifiziert werden kann</li> </ul>	

### Kohleausstieg und Strukturwandel

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Festhaltung an beschlossenen Ausstiegspfaden bis spätestens 2038</li> <li>» Zeitplan des Kohleausstiegs an Zubau steuerbarer Gaskraftwerke anpassen</li> <li>» Ausstehende Berichte aus dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz werden umgehend vorgelegt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Unterstützen Festhalten am Kohleausstieg, wenn gleichzeitig andere Energiequellen entsprechend ausgebaut werden</li> </ul>	  

### Kraft-Wärme-Kopplung

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Potenziale langfristig nutzen</li> <li>» KWK Gesetz noch 2025 an Herausforderung einer klimaneutralen Wärmeversorgung, Flexibilitäten und Kapazitätsmechanismus anpassen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Potenziale fördern und Vorteile stärker nutzen</li> <li>» KWK Gesetz anpassen</li> </ul>	  

### Energieeffizienz

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Energieeffizienz als tragende Säule beim Erreichen der Klimaziele</li> <li>» Steuerliche Anreize und Marktsignale</li> <li>» Energieeffizienzgesetz und Energiedienstleistungsgesetz werden novelliert, vereinfacht und auf EU-Recht zurückgeführt</li> <li>» Energieeffizienzziele dürfen Flexibilität des Stromverbrauchs nicht behindern</li> <li>» Technisch unvermeidbare Abwärme diskriminierungsfrei nutzen und Einspeisung in Fernwärmennetze erleichtern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Energieeffizienz in Unternehmen fördern</li> <li>» Keine Deckelung der Endenergienutzung</li> </ul>	  

### Wärme

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Zügige Umsetzung der EU-Gasbinnenmarktrichtlinie</li> <li>» Investitionen aus Mix von privatem und öffentlichem Kapital</li> <li>» Bundesförderung für effiziente Wärmenetze aufstocken zum Bau von Nah- und Fernwärmennetzen</li> <li>» AVB-Fernwärme-Verordnung und Wärmelieferverordnung überarbeiten</li> <li>» Faire und transparente Preise sichern durch Stärkung der Preisaufsicht</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Wettbewerbsfähige Energiepreise für KMU</li> </ul>	  

### Staatsbeteiligungen

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Prüfung von strategischen staatlichen Beteiligungen im Energiesektor, auch Netzbetreiber</li> <li>» Staatsbeteiligungen beim Gas auf strategische Anteile zurückführen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Staat soll sich, wo sinnvoll, beteiligen</li> </ul>	  

## Wirkungsvolle Entlastungen, stabile Finanzen, leistungsfähiger Staat

### Haushalt, Finanzen und Steuern

Ansprechperson: Jasper Lüke

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<b>Unternehmensteuer und Investitionen I</b>		
» Degressive Abschreibungen auf Ausrüstungsinvestitionen von 30 Prozent in den Jahren 2025, 2026 und 2027	» Ausweitung der Abschreibungszeiträume » Transformationsabschreibungen von 120 Prozent für digitale und klimafreundliche Investitionen » Nur investierende Unternehmen profitieren	
<b>Unternehmensteuer und Investitionen II</b>		
» Körperschaftsteuer in fünf Schritten um jeweils einen Prozentpunkt senken, beginnend ab dem 01.01.2028	» Gesamte Unternehmenssteuerbelastung auf 15 Prozent senken » Maßnahme hätte bereits im Jahr 2025 zu Senkung führen müssen	
<b>Unternehmensteuer und Investitionen III</b>		
» Rechtsformneutrale Besteuerung durch Verbesserung des Optionsmodells nach § 1a KStG und Thesaurierungsbegünstigung nach § 34a EstG	» Steuerliche Belastung sollte nicht von der Rechtsform des Unternehmens abhängen	
<b>Einkommensteuer I</b>		
» Senkung der Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommen	» Kaufkraft stärken, Leistungsanreize fördern und Solo-Selbständige und Personengesellschaften entlasten	
<b>Einkommensteuer II</b>		
» Solidaritätszuschlag bleibt unverändert bestehen	» Solidaritätszuschlag sollte abgeschafft werden	
<b>Gewerbesteuer</b>		
» Kommunen können Gewerbesteuerhebesätze selbst festlegen » Gewerbesteuer-Mindesthebesatz wird von 200 auf 280 Prozent erhöht	» Praktische Auswirkungen müssen mittelstands-freundlich sein » 280 Prozent als Mindestsatz unterhalb der aktuell üblichen Hebesätze	
<b>Globale Mindeststeuer</b>		
» Festhalten an der globalen Mindestbesteuerung	» Globale Mindestbesteuerung schafft Steuergerechtigkeit für standortgebundene KMU	
<b>Steuerliche Anreize für Mehrarbeit</b>		
» Steuerfreie Überstundenzuschläge	» Bürokratiearme Umsetzung geachtet werden	
<b>Steuerliche Anreize für freiwilliges längeres Arbeiten</b>		
» Steuerfreibetrag von 2.000 Euro für Erwerbstätige nach dem Renteneintrittsalter	» Anreize zur Erwerbstätigkeit im Rentenalter, entspricht der Forderung des BVMW	
<b>Steuerliche Begünstigung von Prämien zur Ausweitung der Arbeitszeit</b>		
» Steuerliche Begünstigung von Prämien zur Ausweitung der Arbeitszeit von Teilzeit auf dauerhaft an Tarifverträgen orientierte Vollzeit	» Entspricht der Forderung des BVMW	
<b>Pendlerpauschale</b>		
» Erhöhung der Pendlerpauschale auf 38 Cent ab dem ersten Kilometer zum 01.01.2026	» Geeignete Entlastung für Pendler im ländlichen Raum	
<b>Finanztransaktionsteuer</b>		
» Unterstützung einer Finanztransaktionsteuer auf europäischer Ebene	» Keine unnötige Belastung der Kapitalströme, führt im schlimmsten Fall zu mehr Steuerbürokratie	
<b>Stromsteuer</b>		
» Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß » Reduktion der Netzentgelte	» Senkung der Energiepreise grundsätzlich zu begrüßen, insb. durch Abbau staatlicher Abgaben	

### Steuerhinterziehung und -vermeidung

- |  |  |  |
|--|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Weitere Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung, u.a. Ausweitung der Telefonüberwachung bei schweren Fällen und Nachschärfung bei Cum-Cum-Geschäften</li> <li>» Evaluierung und ggf. Anpassung der bestehenden Regeln zur Registrierkassenpflicht</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Verspricht höhere Einnahmen des Bundes</li> <li>» Nimmt Druck aus der Diskussion über höhere Besteuerung von Unternehmen und Einkommen</li> </ul> |  |
|--|--|--|

### Finanzkontrolle Schwarzarbeit

- |  |  |  |
|--|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Stärkung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Bürokratiearme Ausgestaltung nötig</li> </ul> |  |
|--|--|--|

### Steuerbürokratie reduzieren

- |   |  |  |
|---|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Steuervereinfachung durch Typisierungen, Vereinfachungen und Pauschalierungen</li> <li>» Schrittweise Verpflichtung zur digitalen Abgabe von Steuererklärungen</li> <li>» Ausweitung von vorausgefüllten und automatisierten Steuererklärungen</li> <li>» Sukzessive Umstellung von Körperschaften und Personengesellschaften auf Selbstveranlagung</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Vereinfachung des Steuerwesens</li> </ul> |  |
|---|--|--|

### Riester-Rente

- |  |   |  |
|--|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Überführung der Riester-Rente in ein neues Vorsorgeprodukt</li> <li>» Verzicht auf zwingende Garantien sowie der Reduzierung der Verwaltungs-, Produkt- und Abschlusskosten</li> <li>» Prüfung der Ausweitung des Kreises der Förderberechtigten</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Geht in die richtige Richtung, deckt sich weitestgehend mit der Position des BVMW</li> </ul> |  |
|--|---|--|

### Geldwäschekämpfung und Zollfahndung I

- |   |   |  |
|---|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Bündelung der Kompetenzen des Bundes im Bereich der Finanzkriminalität</li> <li>» Austausch von Informationen zwischen nationalen und internationalen Organisationen verbessern</li> <li>» Keine Rechtsgeschäfte mit höherem Volumen als 10.000 Euro ohne mindestens eine ermittelbare, wirtschaftlich berechtigte Person</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Gerechtigkeit für gesetzestreue Bürger und Unternehmen schaffen</li> </ul> |  |
|---|---|--|

### Geldwäschekämpfung und Zollfahndung II

- |   |   |  |
|---|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Schaffung eines Vermögensermittlungsverfahrens mit dem Ziel, erhebliche Vermögenswerte sicherzustellen, deren legaler Erwerb nicht ausgeräumt werden kann</li> <li>» Fortentwicklung bestehender Vermögenseinziehungsinstrumente und Erweiterung um ein Einziehungsverfahren für Vermögensgegenstände</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Ehrliches Geschäft fördern ohne Bürokratielasten zu erhöhen</li> </ul> |  |
|---|---|--|

### Kapitalmarktregelung I

- |  |   |  |
|--|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Engagement für eine einheitliche europäische Finanzregulierung</li> <li>» Europäische Kommission soll regelmäßig einen Bericht vorlegen, der die geltende Regulierung vor dem Hintergrund des internationalen Marktgefüges evaluiert</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Vollendung der Kapitalmarktunion schafft effiziente Finanzmärkte und ist grundsätzlich zu befürworten</li> </ul> |  |
|--|---|--|

### Kapitalmarktregelung II

- |   |  |  |
|---|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Schaffung eines rechtssicheren und wettbewerbsfähigen Rechtsrahmens für Investitionen von Fonds in Infrastruktur und Erneuerbare Energien</li> <li>» Erhöhung der Verfügbarkeit von Wagniskapital</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Mobilisierung von privatem Kapital ist zentral für die Bewältigung des Investitionsstaus</li> </ul> |  |
|---|--|--|

### Bargeld, digitaler Euro und Akzeptanz digitaler Zahlungen I

- |  |   |  |
|--|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Grundsätzliches Gebot, Barzahlung und mindestens eine digitale Zahlungsoption anzubieten</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Digitalisierung im Alltag zu begrüßen</li> <li>» Technologische Wahlfreiheit begünstigt praxisgerechte Einführung</li> </ul> |  |
|--|---|--|

**Bargeld, digitaler Euro und Akzeptanz digitaler Zahlungen II**

» Unterstützung des digitalen Euro	» Kann ein sicheres, staatlich garantiertes Zahlungsmittel sein » Verpflichtende Akzeptanz, falls vorgesehen, wäre abzulehnen	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
------------------------------------	--	--

**Altmittel nationale Bankenabgabe**

» Zwei Milliarden Euro aus Altmitteln der Bankenabgabe fließen in einen neuen Mittelstand-Fonds » Mobilisierung von zehn Milliarden Euro durch Hebelungen » Soll großen, nicht börsennotierten Mittelständlern zugutekommen, die in digitale und klimaneutrale Transformation investieren	» Positiver Impuls für Investitionen in die Transformation » Ausrichtung auf den Mittelstand besonders zu begrüßen	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
---	---	--

**Europäische Bankenunion**

» Weiterentwicklung der Banken- und Kapitalmarktunion » Konsequente Berücksichtigung der Belange kleiner Banken und Sparkassen » Ablehnung vergemeinschafteter europäischer Einlagensicherung (EDIS)	» Vollendung des Binnenmarkts im Bankenbereich ist grundsätzlich zu befürworten, Berücksichtigung kleiner Banken bei der Umsetzung auch	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
--	---	--

**Reform Schuldenbremse**

» Einsetzung einer Expertenkommission unter Beteiligung des Deutschen Bundestages, die einen Reformvorschlag formuliert » Abschluss der Gesetzgebung bis Ende 2025	» Abschließende Bewertung hängt vom Ergebnis ab » Sollte auf Investitionen ausgerichtet sein, nicht auf konsumtive Ausgaben	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
---	--	--

**Grundsätze der Haushaltspolitik**

» Alle Ausgaben des Koalitionsvertrags unter Finanzierungsvorbehalt » Solide und generationengerechte Staatsfinanzen als Grundlage für Zukunftsfähigkeit » Förderprogramme, Subventionen und staatliche Aufgaben auf Notwendigkeit und Wirkung prüfen	» Finanzierungsvorbehalt untergräbt Verlässlichkeit, was Planung und Investitionen für KMU erschwert » Angekündigte Aufgaben- und Ausgabenkritik kann sinnvoll sein, muss aber gezielt ansetzen und dürfen nicht zulasten des Mittelstands gehen	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
---	---	--

**Sondervermögen Infrastruktur**

» 500 Milliarden Sondervermögen für Investitionen in Infrastruktur und Klimaneutralität » Drittel des Volumens ist für Länder und Kommunen vorgesehen » Vereinfachung und Beschleunigung von Planung, Genehmigung und Vergabe	» Sondervermögen für Infrastruktur kann sinnvoll sein, wenn es zügig wirkt und kommunale sowie regionale Wertschöpfung stärkt » Klare Abgrenzung zu konsumtiven Ausgaben und verbindliche Erfolgskontrolle sind entscheidend	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
---	---	--

**Haushaltskonsolidierung**

» Reduzierung aller sächlichen Verwaltungsausgaben aller Einzelpläne mit dem Ziel des Abbaus von zehn Prozent bis 2029 » Stellenabbau in der Bundesverwaltung um acht Prozent bis 2029 » Reduzierung der Ausgaben für externe Berater » Halbierung der Beauftragten des Bundes » Einsparungen bei Förderprogrammen » Kürzung bei freiwilligen Beträgen zu internationalen Organisationen	» Grundsätzlich zu begrüßen, einzig fraglich ist die Kürzung bei Förderprogrammen	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
---	---	--

**Sanierung des Klima- und Transformationsfonds (KTF)**

» Stärkere Ausrichtung auf CO <sub>2</sub> -Vermeidung und sozialen Ausgleich » Streichung von Kleinstprogrammen mit geringem Fördervolumen » Einnahmen aus der CO <sub>2</sub> -Bepreisung gehen durch Strompreis-Entlastung und Investitionsförderung zurück in den Privatsektor	» Auch wenn Entbürokratisierung zu begrüßen ist, betrifft die Streichung von Kleinstprogrammen möglicherweise vor allem Investitionsförderung von KMU » Rückführung der Einnahmen der CO <sub>2</sub> -Bepreisung in Form von Strompreissenkung und Investitionsförderung ist folgerichtig	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
--	---	--

### Verschlankung Förderwesen

- |   |  |   |
|---|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Mehr pauschale Mittelzuweisungen, weniger kleinteilige Nachweispflichten</li> <li>» Mehr Eigenverantwortung für Länder und Kommunen</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Weniger Bürokratie und mehr pauschale Förderung sind richtig, wenn KMU dadurch einfacher und schneller Zugang zu Fördergeldern erhalten</li> <li>» Vertrauen in die Umsetzung vor Ort kann sinnvoll sein</li> </ul> |    |
|---|--|---|

### Sondervermögen

- |   |   |   |
|---|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Notwendigkeit der bestehenden Sondervermögen überprüfen, ggf. Überführung in den Bundeshaushalt</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Praxis der Sondervermögen macht Haushaltspolitik unübersichtlich</li> <li>» Konsolidierung von Sonderposten entsprechend sinnvoll</li> </ul> |    |
|---|---|---|

### Strategische Weiterentwicklung des Beteiligungsportfolios des Bundes

- |   |  |   |
|---|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Gezielte Stärkung von Krisenvorsorge, Versorgungssicherheit und sicherheitspolitischen Interessen</li> <li>» Prüfung von staatlichen Beteiligungen im Rüstungs- und Energiesektor</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Staatliche Beteiligungen sollten kein privatwirtschaftliches Engagement verdrängen</li> <li>» Klare Grenzen staatlicher Eingriffe im Energiesektor, um Marktdynamik nicht zu gefährden</li> </ul> |    |
|---|--|---|

### Zukunftspakt Bund, Länder und Kommunen

- |  |   |   |
|--|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Angemessene finanzielle Ausstattung der Kommunen für kommunale Aufgaben</li> <li>» Gesetze, die Kommunen betreffen, sollen stärker mit den kommunalen Spitzenverbänden abgesprochen werden</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Sicherstellung der Finanzierung kommunaler Verwaltung</li> </ul> |    |
|--|---|---|

## Bürokratierückbau und Staatsmodernisierung

Ansprechperson: Jasper Lüke

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<b>Digitale Verwaltung mit antragslosen Verfahren</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Bereitstellung einer EUDI-Wallet für Bürger und Unternehmen für Identifikation, Authentifizierung und Zahlungen, spezielle Zugänge für Unternehmen und Selbständige</li> <li>» Unternehmensgründungen sollen innerhalb von 24 Stunden möglich sein</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Teil der Umsetzung des Once-Only-Prinzips, sehr zu begrüßen</li> <li>» Unternehmensgründungen in 24 Stunden als zeitgemäße Frist</li> </ul>	  
<b>Verwaltungskonsolidierung – Aufgabekritik, Personaleinsparungen und Verwaltungsreform</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Überprüfung aller Aufgaben, Institutionen und Behörden für klarere Prioritäten, und effizientere Verwaltung</li> <li>» Personalbestand in Ministerien und Behörden soll bis 2029 um acht Prozent sinken; Halbierung der Bundesbeauftragten</li> <li>» Reduktion der Bundesbehörden durch Zusammenlegen, Einschränkung der externen Beratung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Effizienzsteigerung und Abbau von Doppelstrukturen sind grundsätzlich richtig</li> <li>» Personalkürzungen sollten mit Digitalisierung einhergehen, sonst drohen längere Verfahren für KMU</li> </ul>	  
<b>Kulturwandel und moderne Führung</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>» (u.a.) mehr Hospitationen öffentlicher Angestellter im privaten Sektor, um Praxisnähe zu fördern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Hospitationen als erster Schritt, um mehr Verständnis für die Auswirkungen der Verwaltung auf die unternehmerische Praxis zu fördern</li> </ul>	  
<b>Modernisierung des öffentlichen Dienstrechts</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>» (u.a.) Flexibilisierung des Zugangs zum öffentlichen Dienst durch geöffnete Laufbahnen, erleichterte Wechsel und Anerkennung vielfältiger Qualifikationen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Öffnung des öffentlichen Diensts kann helfen, dass Menschen mit Praxiswissen aus der Wirtschaft in die Verwaltung kommen</li> </ul>	  
<b>Offeneres Datennutzungsverständnis der Verwaltung und Anwendung von KI</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Abbau von Hürden bei Datennutzung und -verknüpfung</li> <li>» Automatisierung und Beschleunigung von Verwaltungsprozessen durch KI</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Kann die Verwaltung spürbar entlasten und Verfahren beschleunigen</li> </ul>	  

**Gute Gesetzgebung**

- |   |   |   |
|---|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Streichen überflüssiger Regelungen</li> <li>» Durchführung von Praxischecks bei neuer Gesetzgebung</li> <li>» Angemessene Fristen zur Beteiligung betroffener (mind. vier Wochen)</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Praxischecks als vielversprechendes Instrument zum Abbau von Bürokratie</li> <li>» Vierwöchige Frist zur Beteiligung Betroffener gewährleistet Einbindung auch mittelständischer Perspektiven im Gesetzgebungsprozess</li> </ul> |    |
|---|---|---|

**Experimentierklauseln stärken**

- |  |   |   |
|--|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Gesetze sollen Experimentierklauseln enthalten, um regionale Ausnahmen und Erprobungen zu ermöglichen</li> <li>» Gezielte Nutzung von Reallaboren zur Förderung von Innovationen</li> <li>» Vorbereitung eines „Bundesexperimentiergesetzes“</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Experimentierklauseln sind sinnvoll, wenn sie Spielräume für praxisnahe Erprobung schaffen</li> <li>» Zugang mittelständischer Unternehmen zu Reallaboren von fundamentaler Wichtigkeit</li> </ul> |    |
|--|---|---|

**Sofortprogramm für den Bürokratierückbau I**

- |   |   |   |
|---|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Sofortprogramm bis Ende 2025, insbesondere mit Blick auf kleine und mittlere Unternehmen</li> <li>» Verpflichtungen zur Bestellung von Betriebsbeauftragten abbauen</li> <li>» Reduktion des Aufwands für Schulungen, Weiterbildungen und Dokumentationen</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Reduktion des Bürokratieaufwands ist absolut notwendig</li> <li>» Fokus auf KMU ist zu begrüßen</li> </ul> |    |
|---|---|---|

**Sofortprogramm für den Bürokratierückbau II**

- |   |  |   |
|---|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Abschaffung des nationalen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG)</li> <li>» Unterstützung der europäischen Omnibus-Initiative zum Abbau von Berichtspflichten durch EU-Gesetzgebung</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Aufhebung von deutschen und europäischen Berichtspflichten ist zentrale Säule des Bürokratieabbaus</li> </ul> |    |
|---|--|---|

**Infrastruktur-Zukunftsgesetz**

- |  |   |   |
|--|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Konkretes Gesetz zur Beschleunigung von Planungs-, Genehmigungs-, Beschaffungs- und Vergabeverfahren</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Grundsätzlich zu begrüßen, Ausgestaltung ist nicht konkreter benannt und unklar</li> </ul> |    |
|--|---|---|

**25-Prozent-Abbauziel und Bürokratierückbaugesetze**

- |  |   |   |
|--|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Bürokratiekosten für die Wirtschaft sollen um 25 Prozent gesenkt werden</li> <li>» Jedes Bundesressort soll Entlastung schaffen</li> <li>» Instrumente: Schwellenwerterhöhungen, Ermessensspielräume, Genehmigungsfiktionen, Stichtagsregelungen und Bagatellgrenzen</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Bürokratierückbau ist richtig und überfällig</li> <li>» Umsetzung sollte konsequent, transparent und messbar erfolgen</li> </ul> |    |
|--|---|---|

**Stärkung der Bürokratiebremse**

- |   |  |   |
|---|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Streichung von Ausnahmen und Berücksichtigung von EU-Gesetzgebung bei der „one in, one out“-Regel, Weiterentwicklung zu „one in, two out“-Regel</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Berücksichtigung europäischer Gesetzgebung ist längst überfällig</li> </ul> |    |
|---|--|---|

**Normenkontrollrat stärken**

- |  |   |   |
|--|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Verlagerung des NKR in das Bundeskanzleramt</li> <li>» Berücksichtigung der Bürokratielast durch untergesetzliche Vorschriften</li> <li>» Stärkere Einbeziehung in Gesetzgebungsprozesse</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» NKR sollte echten Einfluss erhalten, Verlagerung in das Bundeskanzleramt kann sinnvoller Schritt sein</li> <li>» Berücksichtigung untergesetzlicher Regelungen ist überfällig</li> </ul> |    |
|--|---|---|

**Wir identifizieren Bürokratie**

- |   |   |   |
|---|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Einführung eines Bürgerportals, auf dem Bürger und Unternehmen bürokratische Hürden und Verbesserungsvorschläge einreichen können</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Kann sinnvoll sein, wenn die Vorschläge tatsächlich berücksichtigt werden</li> </ul> |    |
|---|---|---|

**Vertrauen statt Regulierung und Kontrolle**

- |  |   |   |
|--|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Mehr Sanktionierung von Verstößen statt Nachweispflichten</li> <li>» Reduktion von Statistikpflichten, Datenerhebungen und Meldungen</li> <li>» Abbau von Doppelstrukturen bei Statistikämtern</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Grundsatz von weniger Meldepflichten ist zu begrüßen</li> <li>» Sanktionierungen sollten nicht zu präventiver „Übererfüllung“ von Vorschriften führen</li> </ul> |    |
|--|---|---|

### Unbürokratischer Förderlandschaft des Bundes

- » Ersatz von Antragsförderungen durch Pauschalen
- » Standardisierte und elektronische Bearbeitung von Fördermaßnahmen
- » Einführung einer zentralen Förderplattform des Bundes

- » Maßnahmen grundsätzlich zu begrüßen



### EU-Bürokratierückbau durch Bundesregierung

- » Aktiver Einsatz der Bundesregierung für Bürokratieabbau auf EU-Ebene
- » Entschärfung und/oder Verhinderung von EU-Vorhaben wie z.B. der Entwaldungsverordnung

- » Viel Bürokratie kommt von der EU, Einsatz der Bundesregierung dagegen ist richtig



### Bürokratiearme EU-Recht-Umsetzung

- » Verzicht auf „Gold-Plating“ von EU-Gesetzgebung und Doppelregulierung

- » Vermeidung der Übererfüllung von EU-Richtlinien ist richtig



### Digitalisierung der Justiz

- » Medienbruchfreie Digitalisierung durch einheitliche Standards
- » Justizportal mit digitalen Bürgerservices wie Rechtsantragsstellen, Vollstreckungsregister und Zugang für kleine Unternehmen

- » Wichtiger Schritt für effizientere Verfahren, von denen KMU unmittelbar profitieren können



### Vereinfachung des Vergaberechts und strategisches Beschaffungsmanagement

- » Vereinfachung, Beschleunigung und Digitalisierung des Vergaberechts
- » Vereinheitlichung von Schwellenwerten für Direkt- und freihändige Vergaben

- » Grundsätzlich zu begrüßen, Ausgestaltung unklar
- » Vereinheitlichung von Schwellenwerten erleichtert regionsübergreifende Wahrnehmung von Aufträgen



### Wertgrenzen Direktaufträge

- » Anhebung der Wertgrenzen bei Direktaufträgen auf 50.000 Euro und auf 100.000 Euro für Start-ups mit innovativen Leitungen innerhalb der ersten vier Jahre

- » Vereinfacht Vergabeverfahren, ist zu begrüßen



### Öffentliches Beschaffungswesen

- » Bieter sollen ihre Eignung bürokratีarm, digital und mittelstands freundlich nachweisen können

- » Vereinfacht Vergabeverfahren, ist zu begrüßen
- » Ausgestaltung unklar



### Once-Only – keine Mehrfacherhebung von Daten

- » Einführung eines Doppelerhebungsverbots und Verpflichtungen zum Datenaustausch in der Verwaltung
- » Vorantreiben der Registermodernisierung

- » Setzt Forderung des Once-Only-Prinzips des BVMW um



### Datenschutz entbürokratisieren

- » Einwilligungspflichten im staatlichen Bereich sollen durch unbürokratische Widerspruchslösungen ersetzt werden
- » Vereinfachte Regeln u.a. für KMU bei Datenverarbeitungen

- » Vereinfachung und Betonung der Mittelstandsfreundlichkeit ist zu begrüßen



### Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren

- » Umsetzung des Pakts für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung innerhalb der ersten zwei Jahre
- » Erweiterung von Stichtagsregelungen, Einführung von Genehmigungsaktionen

- » Entspricht den Forderungen des BVMW



### Vereinfachung Infrastrukturvorhaben

- » Reform des Verbandsklagerechts, Ausrichtung auf tatsächliche Betroffenheit
- » Herabsetzung auf das europäische Mindestmaß
- » Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) innerhalb der Grenzen des EU-Rechts vereinfachen

- » Erhöht die Planungssicherheit für KMU bei Infrastrukturvorhaben



## Digitales

Ansprechperson: Marina Hadrys

### Vorhaben laut Koalitionsvertrag

### Position des BVMW

### Bewertung

#### Digitalpolitik ist Wirtschaftspolitik

- » Verbesserte Bedingungen für anwendungsorientierte Forschung, Gründung und Transfer
- » Ausbau der Rechenkapazitäten
- » Anhebung der Datenschätzte
- » Attraktivitätssteigerung für Talente und IT-Spitzenkräfte

- » Innovationen marktorientiert fördern
- » Stärkere Einbindung des Mittelstandes
- » Stärkung Deutschlands als attraktiven Standort
- » Fachkräftebindung



#### Digitalpolitik ist Gesellschaftspolitik

- » Stärkung digitaler Kompetenzen der Menschen
- » Digital souveräner Staat

- » Entspricht den Forderungen des BVMW, hier fehlen allerdings konkrete Maßnahmen



#### Deutschland digital, vernetzt und resilient

- » Verwaltung: Digital Only
- » Abbau digitaler Abhängigkeiten durch Entwicklung von Schlüsseltechnologien, Sicherung von Standards sowie Schutz und Ausbau digitaler Infrastrukturen
- » Interoperabler und europäisch anschlussfähiger Deutschland-Stack
- » Prüfung europäischer Anbieter
- » Realisierung der Deutschen Verwaltungscloud (DVC)

- » Digitaler Staat und moderne Verwaltung
- » Bürokratieabbau
- » Flächendeckende digitale Infrastruktur
- » Stärkung der deutschen und europäischen digitalen Souveränität



#### Wir sorgen für unsere digitale Souveränität

- » Definition von Schnittstellen, offenen Standards und Zielen von Open Source
- » Datendoppelerhebungsverbots (Once-Only)
- » Generalklausel zur Abschaffung der Schriftformefordernisse (wo möglich)
- » Praxistauglichkeitstests, digitale Prozesse

- » Bürokratieabbau
- » Schlanke Prozesse, moderne Strukturen, Transparenz sowie digitale Kommunikationswege und Angebote



#### Resilienz stärken

- » Resilienzstärkung durch IT-Sicherheit
- » Öffentliche IT-Sicherheit wird durch Notfallmanagement und präventive Beratungsangebote für kleine und mittlere Unternehmen verbessert

- » Beratung zur Cybersicherheit und Schutzmaßnahmen für kleinen und mittleren Unternehmen
- » Förderung von IT-Sicherheit durch finanzielle Anreize



#### Deutschland als Rechenzentrumsstandort

- » Stärkung des Rechenzentrumstandort Deutschlands durch Unterstützung von Clustern und regionalen Ansiedlungen
- » Praxisnahe Auslegung oder Novellierung der betreffenden Vorschriften zum Auf- und Ausbau von Rechenzentren

- » Barrierefreier Zugang zu Schlüsseltechnologien



#### Digitale Infrastruktur

- » flächendeckender Glasfaserausbau FTTH
- » „Markt vor Staat“
- » Förderprogramm für nicht-marktgetriebenen Mobilfunk- und Glasfaserausbau
- » Einführung digitaler Antragsstrecken, um Ausbauhindernisse und Bürokratie abzubauen
- » Kontinuierliche Erhöhung der Mindestanforderungen an Breitbandanschlüsse und Kupfer-Glasfaser-Migration

- » Schnelleren, flächendeckenden Ausbau der digitalen Infrastruktur



#### Gesellschaft – digital kompetent, selbstbestimmt und inklusiv

- » Start einer altersübergreifenden digitalen Kompetenzoffensive durch Nutzung von Start-ups und Wirtschaft
- » Stärkere digitale Barrierefreiheit

- » Digitale Bildung für alle Lebensphasen



### Wirtschaft – Wachstum von Morgen mit Daten und Künstlicher Intelligenz

<ul style="list-style-type: none"> <li>» Deutschland soll Digitalstandort mit starkem digitalen Ökosystem werden</li> <li>» Unterstützung des Technologietransfers von Hochschulen in die Wirtschaft, von Start-ups in Unternehmen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Grundsätzlich zu begrüßen, die Ausgestaltung bleibt unklar</li> </ul>	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
---	--	--

### Kultur der Datennutzung und des Datenteilens

<ul style="list-style-type: none"> <li>» Etablierung einer Kultur der Datennutzung und des Datenteilens</li> <li>» Beseitigung von Rechtsunsicherheiten, Anhebung von Datenschätzten, Förderung von Daten-Ökosystemen, Datensouveränität</li> <li>» Zusammenfassung der Regelwerke in einem Datengesetzbuch</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Rechtssicherheit und Bürokratieabbau</li> <li>» Klare Regeln und geringe Einstiegshürden</li> </ul>	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
--	--	--

### Reform des Datenschutzes

<ul style="list-style-type: none"> <li>» Kohärenter Datenschutz mit einheitlicher Auslegung</li> <li>» Verankerung der Datenschutzkonferenz (DSK) in Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) (gemeinsame Standards)</li> <li>» Bündelung der Zuständigkeiten und Kompetenzen bei der Bundesdatenschutzbeauftragten wird angestrebt: Bundesbeauftragte für Datennutzung, Datenschutz und Informationsfreiheit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Datenschutz darf nicht innovationshemmend sein</li> <li>» Entbürokratisierung der DSGVO</li> <li>» Rechtssicherheit</li> </ul>	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
--	---	--

### Spitzenstandort für Zukunftstechnologien

<ul style="list-style-type: none"> <li>» Förderung und Nutzung von Schlüsseltechnologien wie KI, Quantencomputing und Robotik</li> <li>» Unterstützungsmaßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen u.a. durch KI-Reallabore</li> <li>» Innovationsfreundliche und bürokratiearme Umsetzung des AI-Acts ohne Zersplitterung der Marktaufsicht</li> <li>» Anpassung der europäischen Digitalrechtsakte</li> <li>» Errichtung einer zentralen Servicestelle für Unternehmen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Entspricht den Forderungen des BVMW</li> </ul>	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
---	---	--

### Gemeinsam – starkes Deutschland mit EU- und internationalen Partnern

<ul style="list-style-type: none"> <li>» Konsequente Durchsetzung der EU-Plattformgesetze</li> <li>» Einführung einer verpflichtenden Identifizierung von Bots</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Zukunftsorientierte und effiziente Umsetzung der EU-Digitalgesetze</li> <li>» Schutz der digitalen Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen</li> <li>» Keine Überregulierung</li> </ul>	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
---	--	--

## Bildung, Forschung und Innovation

Ansprechpersonen: Marina Hadrys, Martin Holderied

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<strong>Übergänge und Berufsorientierung</strong>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Ausbau und digitale Verzahnung der Berufsorientierungsprogramme</li> <li>» Frühe Berufswegeplanung mit Jugendberufsagenturen stärken</li> <li>» Gesetzliche Basis für datengestützte Berufsberatung schaffen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Maßnahmen, die die Berufsorientierung fördern und die berufliche Ausbildung stärken, werden begrüßt</li> </ul>	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>
<strong>Gleichwertigkeit</strong>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>» Stärkung der Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung durch Verrechtlichung des DQR</li> <li>» Fortführen der Allianz für Aus- und Weiterbildung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Dies entspricht den Forderungen des BVMW</li> </ul>	<input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/>

### Aufstiege durch Fort- und Weiterbildung

- |   |  |  |
|---|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Attraktivere und unbürokratischere Ausgestaltung des Aufstiegs-BAföG</li> <li>» Einstieg in die Gebührenfreiheit von Aufstiegsfortbildungen und Einführung von Unterstützungsinstrumenten für Teilzeitmaßnahmen</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Grundsätzlich entspricht dies den Positionen des BVMW. Inwieweit sich diese Maßnahmen finanzieren lassen, bleibt jedoch offen. Die Politik muss sich der Bedeutung der Weiterbildung klar werden und diese auch offiziell als vierter Säule des Bildungssystems definieren</li> </ul> | <input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> |
|---|--|--|

### Stärkung Beschäftigungsfähigkeit

- |   |   |  |
|---|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Stärkung der modularen und Abschlussorientierten Weiterbildung sowie Teilqualifizierungen</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Hier folgt der Koalitionsvertrag den Forderungen des BVMW</li> </ul> | <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/> |
|---|---|--|

### Weiterbildungsoffensive

- |   |  |  |
|---|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Digitalpakt Weiterbildung und Förderprogramm digitale Teilhabe</li> <li>» Weiterentwicklung von lebensbegleitendem Lernen</li> <li>» Fortsetzung der Weiterbildungsstrategie mit Schwerpunkt auf Transparenz von Zertifikaten</li> <li>» Stärkung betrieblicher Weiterbildung</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Auch hier folgt der Koalitionsvertrag den Forderungen des BVMW</li> </ul> | <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/> |
|---|--|--|

### DigitalPakt 2.0

- |  |  |  |
|--|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Anwendungsorientierte Lehrkräftebildung, digitalisierungsbezogene Schul- und Unterrichtsentwicklung, selbst-adaptive, KI-gestützte Lernsysteme</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Lebensbegleitende digitale Bildung</li> <li>» Fortsetzung des DigitalPakts Schule</li> <li>» Fokus auf Ausstattung mit Endgeräten sowie der Gestaltung didaktischer Konzepte</li> </ul> | <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/> |
|--|--|--|

### Forschungs- und Innovationsförderung

- |   |  |  |
|---|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Hightech Agenda für Deutschland</li> <li>» Staat als Ankerkunde und Förderprogramme</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Globalen Wettbewerb um Technologie-führerschaft annehmen</li> <li>» Einbindung des Mittelstands und nicht nur großer Unternehmen</li> </ul> | <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> <input type="radio"/> |
|---|--|--|

### Stärkung und Beschleunigung des Transfers

- |   |   |  |
|---|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Dachmarke: „Initiative Forschung und Anwendung“</li> <li>» ZIM, IGF, INNO-KOM</li> <li>» Transferbooster</li> <li>» Deutsche Anwendungsforschungsgemeinschaft</li> <li>» Ausbau Förderprogramme WIR und RUBIN</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Wirtschaftsorientierte Förderprogramme im Bundeswirtschaftsministerium mit etablierten Prozessen belassen</li> <li>» Zentrale Förderprogramme des Mittelstandes erhalten und an moderne Arbeitswelt anpassen</li> <li>» Öffnung von hochschulzentrierten Förderprogrammen für den Mittelstand</li> </ul> | <input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> |
|---|---|--|

### Innovationsfreiheitsgesetz

- |   |  |  |
|---|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Entfesselung von kleinteiliger Förderbürokratie: Bereichsausnahmen für Forschung im Umsatzsteuergesetz, Überprüfung ähnlicher Ausnahmen im Vergaberecht</li> <li>» Flexiblere Bewirtschaftung von Projektmitteln und Verschlankung der Steuerungssystematik der Projektträger</li> <li>» Forschungsdatengesetz</li> <li>» Nationale IP-Strategie (geistigem Einkommen)</li> <li>» Ausgründungen innerhalb 24 Stunden aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen</li> <li>» Agentur SPRIND fördert weiterhin Sprunginnovationen</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Unbürokratische Fördermittelverwendung und praxisnahe Berichtspflichten</li> <li>» Berücksichtigung und Zugang von mittelständischen Unternehmen</li> </ul> | <input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> |
|---|--|--|

### Entrepreneurship

- |   |   |  |
|---|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Zukunftsfoonds II mit starkem Fokus auf Ausgründungen und Wachstum im Deep-Tech-Bereich und Biotech</li> <li>» Ergänzung Entrepreneurship Education als Ziel im Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL)</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Berücksichtigung und Zugang von mittelständischen Unternehmen</li> <li>» Nachwuchsförderung in Zusammenarbeit mit Unternehmen</li> </ul> | <input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> |
|---|---|--|

### Verlässlichkeit und Planbarkeit der Forschungsförderung

- |   |  |  |
|---|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>» Aufwendung von jährlich 3,5 % des BIP für Forschung und Entwicklung durch Staat und Wirtschaft</li> <li>» Dynamisierte Fortschreibung des PFI bis 2028</li> <li>» Anhebung des Fördersatzes und der Bemessungsgrundlage der steuerlichen Forschungszulage inkl. Verfahrensvereinfachung</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>» Öffnung PFI für Mittelstand</li> <li>» Ausweitung der Bemessungsgrundlage auf Sach- und Materialkosten</li> <li>» Vereinfachung des Verfahrens</li> </ul> | <input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/> |
|---|--|--|

## Sicheres Zusammenleben, Migration und Integration

### Recht

Ansprechperson: Jasper Lüke

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung
<b>Smart Contracts</b>		
» Geltendmachung von Entschädigungs- oder Ausgleichszahlungen soll, wenn die Kundendaten bereits vorliegen, digital möglich werden	» Vollständige oder teilautomatisierte Entschädigungen können sinnvoll sein, wenn sie Zeit und Aufwand sparen	
» Automatisierte Auszahlung bei einfach gelagerten Fällen (z.B. Ticketpreise)		
<b>Abbau von Formerfordernissen</b>		
» Vereinfachung und Anpassung an die aktuellen technischen Möglichkeiten der Formvorschriften nach §§ 126 ff.	» Unnötige Formerfordernisse abbauen	
<b>Reform des AGB-Rechts</b>		
» AGB-Recht im B2B-Bereich soll reformiert werden, um große Kapitalgesellschaften bei Vertragsabschlüssen untereinander zu entlasten	» Stärkung der Privatautonomie ist grundsätzlich nachvollziehbar	
» Privatautonomie soll gestärkt werden	» Darf nicht dazu führen, dass mittelständische Unternehmen in Verträgen mit Großkonzernen strukturell benachteiligt werden	
<b>Gesellschaft mit gebundenem Vermögen</b>		
» Einführung einer neuen, eigenständigen Rechtsform „Gesellschaft mit gebundenem Vermögen“	» Entspricht der Position des BVMW	
» Merkmale: unabänderliche Vermögensbindung und die Teilhabe nach mitgliedschaftlicher Logik ohne steuerliche Privilegierungen oder Diskriminierungen		
<b>Staatshaftung</b>		
» Prüfung der Einführung eines Staatshaftungsgesetzes (= Gesetz, das Staatshaftung regelt, wenn z.B. ein Unternehmen durch rechtswidrigen Verwaltungsakt wirtschaftlichen Schaden erleidet – basiert bisher auf Richterrecht)	» Staatshaftungsgesetz kann Rechtssicherheit für den Mittelstand schaffen » Wichtig ist eine praxistaugliche Ausgestaltung, die KMU unkomplizierte Anträge ermöglicht	

## Starker Zusammenhalt, standfeste Demokratie

### Familien, Frauen, Jugend, Senioren und Demokratie

Ansprechperson: Martin Holderied

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung	
<b>Elterngeld</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Weiterentwicklung des Elterngelds mit mehr Anreizen für Partnerschaftlichkeit.</li> <li>» Einkommensgrenzen und Höchstbetrag sollen erhöht werden</li> <li>» Flexibilisierung der Berechnungsgrundlage für Selbstständige.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Eine Weiterentwicklung des Elterngeldes (auch für Selbstständige) kann zu einer erhöhten Erwerbsbeteiligung von Frauen beitragen. Jedoch ist zweifelhaft, ob dies angesichts der finanziellen Lage darstellbar ist</li> </ul>	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
<b>Gleichstellungsstrategie</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Bürokratiarme Umsetzung der EU-Transparenzrichtlinie in deutsches Recht</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Trotz ihres hehren Ziels steckt hinter der EU-Entgelttransparenzrichtlinie viel potenzielle Bürokratie für KMU. Hier wird der Gesetzgeber Fingerspitzengefühl beweisen müssen</li> </ul>	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
<b>Mutterschutz für Selbstständige</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Mutterschutz für Selbstständige soll analog zu den Mutterschutzfristen für Beschäftigte gestaltet werden</li> <li>» Prüfung umlagefinanzierter Instrumente</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Der BVMW fordert seit langem die Angleichung des Mutterschutzes für Selbstständige. Dass umlagefinanzierte Instrumente jedoch erst geprüft werden müssen, ist enttäuschend</li> </ul>	<input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/> <input type="radio"/>
<b>Pflege von Angehörigen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Es wird angestrebt das Pflegezeitgesetz und das Familienpflegezeitgesetz zusammenzuführen</li> <li>» Prüfung, wie ein Familiengeld eingeführt werden kann</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Die Doppelbelastung Pflege und Beruf wird zur Belastung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Angesichts des demographischen Wandels, muss hier schnell gehandelt und nicht nur geprüft werden</li> </ul>	<input type="radio"/> <input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/>

## Gesundheit und Pflege

Ansprechperson: Martin Holderied

Vorhaben laut Koalitionsvertrag	Position des BVMW	Bewertung	
<b>Stabilisierung der Beitragssätze der GKV und PV</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Einsetzen einer Kommission, die eruieren soll, wie Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung nachhaltig stabilisiert werden können</li> <li>» Eine Kommission soll auch zur Zukunft der Pflegeversicherung eingesetzt werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>» Entschlossenes Handeln der Politik gefordert, um Lohnzusatzkosten zu senken und Wettbewerbsfähigkeit des Standortes zu gewährleisten.</li> </ul>	<input type="radio"/> <input type="radio"/> <input checked="" type="radio"/>

**Kontakt**

Der Mittelstand. BVMW e.V.  
Bereich Volkswirtschaft  
Potsdamer Straße 7, 10785 Berlin  
Telefon: + 49 30 533206-0  
Telefax: +49 30 533206-50  
E-Mail: [volkswirtschaft@bvmw.de](mailto:volkswirtschaft@bvmw.de)  
Social Media: @BVMWeV

Der Mittelstand. BVMW e. V. ist ein freiwillig organisierter Unternehmerverband und vertritt rund 30.000 Mitglieder. Die mehr als 300 Repräsentanten des Verbandes organisieren mehr als 2.000 Veranstaltungen pro Jahr.